

EU-Wahl – Hilfe gegen den Rechtsruck?

Die türkis-blaue Regierung führt Österreich in eine „autoritäre Demokratie“, befürchtet kein „Links-Linker“, sondern der frühere ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner.

Die „roten Linien“, die Kanzler Kurz angeblich zu den Rechten zieht, gibt es nicht. Tatsächlich hat Kanzler Kurz die Rechten bis extrem Rechten in die Regierung geholt und regiert selbst rechts: Hetze und Spaltung der Gesellschaft in In- und „Ausländer“, „Fleißige“ und „Faule“ und die Kluft zwischen Armen und Reichen wächst – durch massiver Sozialabbau, Demokratieabbau und Förderung der Reichen und der Konzerne.

Täglich werden neue „Einzelfälle“ der Verwicklungen der FP mit Rechtsextremen und Identitären bekannt, rechte und an Nazi-Wortwahl erinnernde FP-Ausritte auf allen politischen Ebenen in Gemeinden, Bezirken, Land und Bund gegen Andersdenkende und Asylwerber*innen. Diese „Einzelfälle“ haben System. **Die Gefahr kommt nicht von außen, nicht von den Flüchtlingen, nicht von den Linken, sondern sie sitzt mitten drinnen, mitten in der Republik, in Konzernen, Institutionen, im Parlament, in Ministerien, im Innenministerium, in der Polizei, in den Geheimdiensten, im Bundesheer – und kommt von rechts!**

Und egal um welche FPÖ es sich handelt, ob in der Bundesregierung, in einer Landesregierung, in einer Stadtregierung, in den Gemeinden, es gibt nur eine FPÖ – und deren Haltung von Grund auf rechts und rechtsextrem. Mit der FPÖ zu koalieren – egal wer das tut und auf welcher Ebene – heißt, die Rechten zu verharmlosen, den Rechtsruck als normal und demokratisch zu rechtfertigen und großen Schaden an der parlamentarischen Demokratie zu verursachen.

Die „rote Linie“, die Kurz angeblich gegen die Rechten zieht, ist eine Verhöhnung, dient nur dazu, als Kanzler die ÖVP-Macht um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Opfer in Interesse der Gewinnmaximierung der Industrie sind die Massen der arbeitenden Menschen: 12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche, Zerschlagung der solidarischen Sozialversicherung, Kürzung der Mindestsicherung auf „Sozialhilfe neu“, geplante Kürzung von Notstandshilfe und Arbeitslosengeld und vieles mehr.

Mit der kommenden EU-Wahl will die VP-FP-Regierung von all diesen Belastungen ablenken – wieder mit rechten Parolen: Sie redet von „Sicheren Außengrenzen“ (VP) und „Voten gegen Asylchaoten“ (FP). Die SPÖ-Spitzen sagen uns, die EU-Wahl sei eine Möglichkeit, gegen Kurz-Strache-Kickl-Kunasek-Hartinger-Klein, gegen den Rechtsruck, etwas auszurichten, diesen aufzuhalten. Der SPÖ-EU-Wahlspruch „Mensch oder Konzern?“ (warum eigentlich nicht „Mensch statt Konzern!“), entspricht in Worten dem Wunsch der Masse der arbeitenden Menschen, die auch gerne eine Sozial- und Friedensunion hätten.

Doch die EU ist schon seit Jahren auf Rechtskurs: auf Überwachungs-, Sozialabbau- und auf Militarisierungskurs. Klar, das wollen die Rechten aller Farben in der EU. Das wollen aber auch die „gemäßigten“ EU-„Volksparteien“, die nicht einmal die rechte Orban-„Volkspartei“ aus der „EU-Familie“ ausschließen wollen. Weder die Grünen noch sozialdemokratischen Parteien der EU, auch nicht die SPÖ, reden laut über oder gegen diesen Militarisierungs-Rechtsruck der EU – getarnt als „Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit/SSZ“ (englisch: PESCO). So hat noch unter SPÖ-Kanzler Kern Außenminister Kurz den neutralitätswidrigen EU-PESCO-Vertrag ohne SPÖ-Widerspruch 2017 unterschrieben. Auch Bundespräsident Van der Bellen ist dafür. Er verlangt unter Applaus der FP mehr Geld für das Bundesheer, das laut Staatsvertrag der Neutralität Österreichs verpflichtet sein muss und nicht der EU-Militarisierung. Weil die EU tatsächlich eine EU der Konzerne ist, fordern folgerichtig die NEOS, die Haselsteiner-Neoliberalen, bei der EU-Wahl offen eine EU-Armee. Das ist das Ziel von PESCO.

Was bedeutet die EU-Militarisierung, was bedeutet PESCO für Österreich?

Die unterzeichneten Staaten verpflichten sich erstens, das Heeresbudget auf 2% des BIP zu erhöhen, d.h. für Österreichs Heer von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache). Zweitens, „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, d.h. Soldaten in globale EU-Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder und das Leben unserer Soldaten für EU-Kriege bereitzustellen. Drittens verpflichtet die EU uns außerdem für die EU-Rüstungsunion zu zahlen, d.h. u.a. für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern dutzende Milliarden Euro bereitzustellen. Österreichs Anteil beträgt allein für 2019-2020 schon ca. 690 Millionen Euro.

„PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der EURO für die Wirtschaft“. (Berliner Morgenpost: Wie sich Europa für die Zukunft rüstet, 8.11.2017)

Die überwältigende Mehrheit der Menschen EU-weit will keinen Krieg. Im neutralen Österreich sind laut repräsentativer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE, Februar 2019), der

Lobby-Organisation der EU in Österreich, 70% gegen eine EU-Armee. 90% der Österreicher*innen sind sowieso für die Neutralität, also für **k e i n e** Teilnahme an Militarisierung und Krieg.

Die Kritiker der Rechten sagen uns: wenn ihr keine Rechten und keinen Krieg mehr zwischen EU-Ländern wollt, wählt EU, wählt uns. Doch die EU-Mächtigen, allen voran Deutschland, rüsten auf. Sie wollen die EU als Ganzes zu einem militärischen „Global Player“, also zur Militär- und Kriegsunion machen. Damit wollen sie ihre wirtschaftlichen Interessen weltweit auch militärisch durchsetzen. Das heißt, in der EU soll das neutrale Österreich letztlich mitmarschieren. Das hat mit der propagierten „EU-Friedensunion“ absolut nichts zu tun! Das ist Wählertäuschung von der Regierung bis zur Opposition. Österreich wird von niemandem bedroht, doch in was uns alle Parteichefs und ihre Finanziere da hineinziehen wollen, das ist höchst bedrohlich – und arbeitet erst recht den Rechten in die Hände!

Das ist mehr oder weniger das Programm aller Parteien. Wählen alleine genügt nicht! In Wirklichkeit hilft gegen Sozialabbau, Überwachungsstaat, Klimakatastrophe und Militarisierung nur gemeinsamer und solidarischer Massenprotest von unten. **Diese Aufgabe, den Kampf gegen rechts, gegen die Militarisierung der EU, müssen die arbeitenden Menschen selbständig und gemeinsam in die Hand nehmen – mit jenen Teilen der Gewerkschaft und der Partei, deren Führungen nicht schon selbst nach der FP schießen oder gar – wie im Burgenland oder in Linz – schon mit der FP koalieren**, oder auf neuerliche Zusammenarbeit mit der ebenfalls rechten türkis-VP setzen. **„Lieber in Opposition als mit der FPÖ in einer Regierung“**, sagt SPÖ-OÖ-Chefin Birgit Gerstorfer (Kurier, 27.4.19). Ja: Ob in Regierung oder in Opposition: Die Interessen der arbeitenden Menschen müssen Leitlinie der Handelns sein!



EINLADUNG

Do., 9. Mai 2019 – 19.00 Uhr

**Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Galerie, 1. Stock**

EU auf dem Weg zur Kriegsunion

Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Podiumsdiskussion

Thomas Roithner

Friedensforscher

Franz Sieder

Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi

Marcus Strohmeier

Leiter des Internationalen Referats
im ÖGB, Internationaler Sekretär des ÖGB

Sara Tavares da Costa

Young European Socialists

Michael Kösten

Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie
und Krieg

Heidemarie Tschida

Moderation, Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie und Krieg